



**dem Ausverkauf
von Städten
und Gemeinden!**

Kurpfalz- und Ebert-Brücke sowie Strandbad privatisieren!

Warum nicht die Ebert- und Kurpfalzbrücke privatisieren? Damit könnte der Besitzer richtig Kohle machen - und die Stadt würde deshalb einen hohen Verkaufspreis erzielen. Fußgänger und Radfahrer könnten den Steg am Collincenter benutzen. Wenn das Mautsystem auf die PKW's erweitert wird, ist auch das Erfassungsproblem gelöst. Wer den Brückenzoll sparen will, kann schließlich in Heidelberg oder Worms auf die „andere Seite“ kommen. Mindestens so lange, bis die Wormser und Heidelberger die Wegelagerei auch einführen. Mit dem Strandbad könnten die Stadt-

Kommunen vor dem Bankrott

Kinderspielplätze werden nicht mehr gewartet, Sportplätze nicht mehr gepflegt, Musikschulangebote ausgedünnt. Freizeit-, Bildungs-, und Kultur- sowie soziale Einrichtungen werden verteuert. Dringend notwendige Instandhaltung von Gebäuden und Infrastruktur unterbleiben. Es gibt immer weniger Schulen, die ohne Eigenleistungen der Eltern bei Reparaturarbeiten auskommen. Dabei zahlen die Eltern schon Steuern. Im Gegensatz zu vielen Aktiengesellschaften und GmbH's, die es mit raffinierten Tricks schaffen, die Steuerzahlungen zu drücken; manchmal sogar unter Null. Gleichzeitig beteiligen sich viele Unternehmen am Erwerb ehemals kommunalen Eigentums. Gemeinden, die unsere Lebenswelt sind. Der Ort, wo sich Menschen engagieren und wohlfühlen wollen - für viele ein Stück Heimat. Sie ist bedroht. Schon seit mehreren Jahren sind die

Privatisierung ist zwar kein neues Thema, schon in den sechziger Jahren wurden staatliche Unternehmen durch Ausgabe von sogenannten Volksaktien privatisiert. Damals stand aber die breite Vermögensbildung im Vordergrund. Inzwischen ist auch dieses Kapital wieder konzentriert in wenigen privaten Händen. Jetzt aber steht uns die eigentliche Privatisierung bevor, indem staatliche und kommunale Einrichtungen der Daseinsvorsorge direkt an private Unternehmen und sogenannte Investoren verkauft werden.

Schon mehr als 50 % von ehemaligen staatlichen und kommunalen Unternehmen und Einrichtungen

Rabenväter ebenfalls einen hohen Verkaufspreis erzielen. Der Käufer muss die Zutrittspreise nur günstiger als all die anderen Bademöglichkeiten anbieten, dann bleibt das Strandbad weiter attraktiv. Das Einzäunen von Wasser und Land ist technisch lösbar - unsere Besitzer würden gerne das know how liefern, Einzäunen ist eine ihrer Stärken. Warscheinlich war es ein hoch ansteckender Virus, der unsere Verfahren - unabhängig voneinander - dazu veranlasste, bestimmte Dienstleistungen zu verstaatlichen. Einen anderen Grund kann es eigentlich gar nicht geben.

Steuereinnahmen der Kommunen weggebrochen und die Finanzkrise spitzt sich weiter zu. 2003 betrug das Loch in der Kasse fast 10 Milliarden Euro. Für 2004 wird ebenfalls mit Milliarden Defiziten gerechnet. Die Mittel für Investitionen der Gemeinden sind von 33,5 Mrd. Euro im Jahre 1992 auf 23,4 Mrd. Euro für 2003 zusammengeschrumpft. Im Jahre 2003 hat der Deutsche Städtetag auf seiner Mitgliedertagung in Mannheim dringend eine Gemeindefinanzreform gefordert. Parteiübergreifend üben Städte und Gemeinden scharfe Kritik an der Politik von Bundesregierung und Opposition. Erforderlich sind stabile Steuereinnahmen, an denen sich vor allem wieder AG's und GmbH's sowie Reiche und Superreiche beteiligen müssen. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer würde z. B. Mehreinnahmen von 20 Milliarden Euro jährlich bedeuten.

An die Leserinnen und Leser

sind bereits privatisiert. Konnte man in den sechziger Jahren Privatisierungen noch damit rechtfertigen, dass diese Betriebe und Unternehmen nicht zu den eigentlichen Aufgaben der öffentlichen Hände gehörten, so geht es jetzt um die Kernbereiche des öffentlichen Sektors.

Für attac-Deutschland bildet Privatisierung ein Schwerpunktthema der politischen Arbeit in diesem Jahr, auch für attac-Mannheim. Da Privatisierung sehr oft mit Zerstörung von Arbeitsplätzen und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen einhergeht, ist die Privatisierung ein wichtiges Thema für ver.di. Deshalb haben sich attac-

Mannheim und ver.di Bezirk Mannheim zu dieser Zeitung zu Privatisierungen in unserer Stadt zusammengefunden.

Mit dieser Zeitung wollen wir die Privatisierung aus unterschiedlichen Aspekten darstellen und die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisieren. Sehr viele scheinen noch zu glauben, dass Privatisierung Vorteile für sie bringen wird. Wir dagegen legen dar, dass für die große Mehrheit eher Verschlechterungen eintreten werden. Unser Staat, unser Gemeinwesen, wird damit vom Steuerstaat zum Gebührenstaat. Nur wer zahlungsfähig ist, kann noch bestimmte Dienste in Anspruch nehmen.

Rückblick auf das Mannheimer Abwassernetz-Leasinggeschäft

1. Cross border leasing

Seit Juli 2003 gehört das **Mannheimer Abwassernetz** und das Klärwerk in Sandhofen-Nord **einem US-amerikanischen Investor** ! Er hat diese Anlagen von der Stadt Mannheim für ca. 90 Jahre mittels einer **Hauptmiete** geleast und die Stadt Mannheim hat diese Anlage dann wieder für 30 Jahre **zurückgemietet**.

Dieses alles beruht auf einem US-amerikanischen Vertragswerk, das sich **Cross Border Leasing** nennt, und so funktioniert:

Das US-amerikanische Steuerrecht bewertet eine so lange Hauptmietzeit als Eigentumserwerb und bezuschußt diesen Erwerb **aus US-amerikanischen Steuermitteln** mit ca. 15 - 20 % der gesamten Hauptmiete! Dieser Zuschuß wird Barwertvorteil genannt. Nach Ablauf der Hauptmietzeit wird nach amerikanischem Recht allerdings der gesamte gemietete Gegenstand **Eigentum des Hauptmieters** .

Um das zu verhindern, hat der Rückmietvertrag eine deutlich geringere Laufzeit, die durch eine **„Beendigungsoption“** vertraglich vereinbart werden muß.

Der US-Investor vermietet die geleaste Anlage dem früheren Eigentümer zurück und lockt ihn damit, dass er ihm einen Bruchteil des ergatterten Barwertvorteils sofort bar auszahlt, sozusagen als Belohnung für das Mittun in der **globalen Steuerabsahnung**.

2. Die Mannheimer Zahlen

a) Die gesamte Leasingzahlung, auch Transaktionsvolumen genannt, beträgt **740 Millionen Euro** und wird von einer Bank in den USA verwaltet.

b) Der von der Stadt einbehaltene

Barwertvorteil beträgt **20 Millionen Euro**.

c) Der **Leasingvertrag** soll ca.1000 Seiten in juristischem Englisch umfassen, Gerichtsstand ist natürlich New York, Vertragsbestandteile sind Katalogisierung der technischen Anlagenbestandteile, Festlegung des Substanzerhaltes in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht, Definition der geforderten technischen Funktion und Erneuerung.

d) Die Dauer des Rückmietvertrages beläuft sich auf **30 Jahre**.

e) Um die Risiken, die im komplizierten Leasingvertrag enthalten sind abzudecken, hat die Stadt Mannheim eine **Risikoversicherung** zum Preis von **10 Mill. Euro** abgeschlossen.

f) Die **Vertragskosten** für die beteiligten Banken, Anwaltskanzleien und Beraterfirmen belaufen sich auf ca. **4 Mill. Euro**.

g) Somit springen für Mannheim zum Schluß nur noch **6 Millionen Euro bar** heraus.

h) **Wundersame Geldmaschine CBL**: Der US-Investor kassiert ca. 120 Mill. Dollar vom amerikanischen Finanzamt, 20 Mill. Euro gibt er davon der Stadt Mannheim ab. Und natürlich **blecht** der **US-amerikanische Steuerzahler** diese 120 Mill. Dollar!

So also funktioniert die wundersame Geldmaschine Cross Border Leasing !!

CBL entpuppt sich schlicht und ergreifend als ein **Vertragswerk** zu Lasten Dritter, nämlich zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers und des Mannheimer Bürgers !

Albtraum auf Schienen: British Rail nach 1995

British Railways, die älteste Eisenbahn in Europa und Stolz der Engländer, wurde 1995 von der konservativen Thatcher-Regierung privatisiert. Die bis dahin recht und schlecht funktionierende Staatsbahn, leicht veraltet, relativ preiswert und unkompliziert zu nutzen, verwandelte sich in einen Albtraum. Erst die Labour-Regierung unter Tony Blair fing an, darüber nachzudenken, ob nicht wenigstens eine teilweise Neuverstaatlichung Abhilfe schaffen könnte. Wahrscheinlich deswegen, weil zu einem Labour-Parteitag in Blackpool einige wichtige Regierungsmitglieder mit der Bahn um Stunden zu spät kamen. Was war passiert? British Rail, die national einheitliche Eisenbahn, wurde in 25 private Bahngesellschaften zerteilt, die für die Trassenführung zuständig waren. Lokomotiven und Waggonen gingen an mehrere Fahrzeugunternehmer und das Schienennetz an die Firma Railtrack, die bald für unrühmliche Schlagzeilen sorgen sollte. Insgesamt wurde der öffentliche Besitz an über 100 Gesellschaften verkauft. Das führte jedoch nicht zur Verbesserung der Situation, stattdessen nahmen die Unfälle zu, durchschnittlich gingen 2.700 Beschwerden pro Tag ein. Durch die Zersplitterung war es nun nicht mehr möglich, einfach an einen beliebigen Fahrkartenschalter zu gehen und eine Karte zum Beispiel von Schottland nach Süd-Wales zu kaufen. Bei jeder Überquerung einer der Bahngrenzen der privaten Betreiber mußte man eine separate Karte lösen. Die Anschlußzüge waren nicht koordiniert, es kam zu langen Wartezeiten, Auskünfte gab es fast nirgends, jeder plante für seinen Bereich. Eisenbahnreisen wurde zum Überlebenstraining. Da die Betreibergesellschaften lediglich Profit machen wollten, wurde auf Reparaturen, Sicherheitsanlagen

und Service kein Wert gelegt und die Unfälle häuften sich. Nach den ersten Todesfällen erwachte die Nation und die Regierung begann verstärkt Einfluß zu nehmen, allerdings zunächst mit wenig durchschlagendem Erfolg. Zumindest wurden die Betreiber inzwischen verpflichtet, an allen Schaltern auch die Karten der Konkurrenz zu verkaufen. Nach dem Börsengang stiegen die Aktien von Railtrack unaufhörlich. Entlassungen, Arbeitszeitverlängerungen, teilweiser Verzicht auf Säubern der Bahnhöfe und schließlich die in Aussicht gestellte staatliche Subventionierung waren Gründe dafür, dass der Aktienkurs bald 217% über dem Ausgabekurs lag. Dringend notwendige Erhöhungen der Subventionen, chaotische Streckenplanung, Verspätungen, zunehmende Unfälle und allgemeiner Ärger über die Sicherheitslücken ließen die Aktie jedoch schnell wieder ins Bodenlose stürzen. Die Regierung ließ Railtrack in Konkurs gehen und gründete eine öffentliche Stiftung für das Schienennetz, die Signalanlagen und die meisten



Bahnhöfe mit Namen Network Rail. Der Schuldenausfall belief sich auf 14,6 Milliarden Euro, die Aktionäre sollen mit ca. 800 Millionen Euro abgefunden werden. Vermutlich wird der Schaden aber wegen der Konkursmasse noch erheblich höher. So endete einstweilen ein ideologisch begründetes Experiment, das einmalig in der Wirtschaftsgeschichte Großbritanniens ist. Der Steuerzahler mußte für die Enteignung öffentlichen Gutes noch einmal zahlen. Eine Aufsichtsbehörde hat derweil die Überwachung übernommen und z.B. der Connex, die auch in Deutschland private Eisenbahnen betreibt, die Lizenz vor Ablauf des Vertrages entzogen. Verspätungen und Subventionsforderungen über das „normale Subventionsvolumen“ hinaus waren der Grund.

Bücherladen Neckarstadt

Karl-Heinz Royen

Kobellstraße 17-68167 Mannheim
Mo-Fr: 10-13 und 15-18.30 Uhr, Sa 10-13 Uhr
Tel.: 0621/377729 - Fax: 0621/36860
email: Buecherladen.Neckarstadt@t-online.de

Sander-Öko-Weinverkauf

Empfehlenswerte Literatur zum Weiterlesen:

AttacBasisTexte Nr. 9
Peter Hauschild u.a.
„Privatisierung:
Wahn & Wirklichkeit“.
Kommunen im Fadenkreuz
96 Seiten (2004)
EUR 6.50 sFr 12.00
ISBN 3-89965-033-6
(Beide obenstehende Artikel aus dem Ausland sind aus diesem Buch entnommen)

„Privatisierung = Diebstahl an öffentlichem Eigentum“
Hrsg.: KPÖ,
Stadtrat Ernst Kaltenecker
Bezug: Verein für soziale Stadtentwicklung
Lagergasse 98a
8020 Graz (Österreich)

Argumente
zur Wirtschafts- und Finanzpolitik
www.wipo.verdi.de

Blackout in Auckland

Nachdem die städtische Stromversorgung der größten Stadt Neuseelands von der konservativen Regierung an den privaten weltweiten Energieversorger Mercury Energy verkauft worden war, häuften sich die Störungen. Zu einem totalen Blackout kam es am Nachmittag des 20. Febr. 1998. Die Stadt mit 1,2 Mill. Einwohnern, etwa ein Drittel der Bevölkerung Neuseelands, war nahezu ohne Strom. Und das mit-



ten in der Hitzeperiode. Dieser Zustand sollte mit kurzen Unterbrechungen und Teilstromlieferungen in einigen Stadtvierteln über vier Wochen andauern. Kein Aufzug fuhr und kein Licht leuchtete in den Hochhäusern, das Wasser konnte nicht mehr in die oberen Stockwerke gepumpt werden, die Treppen blieben dunkel. Keine warmen Duschen in den Wohnhäusern, die Computer standen still. Alle Tiefkühlaggregate und Klimaanlage fielen aus. Ein totales Verkehrschaos legte die gesamte Stadt lahm, da die Ampeln nicht mehr funktionierten. Auch die Geschäfte im Zentrum mußten schließen. Ursache war ein Kabelbruch in einem der vier Hauptkabel, die 25 bis 50 Jahre alt waren. Normalerweise wird die Leistung des ausfallenden Kabels automatisch durch die anderen ausgeglichen, aber die waren fast ebenso verrotten und schon seit Wochen störanfällig. Der Energiekonzern, dem es nur auf den Profit

Privatisierung Vom Wir zum Ich.

© Hans-Jürgen Halm 2004

ankam, hatte seit Jahren keine Reparaturen durchgeführt und war sich der Risiken sehr wohl bewußt, hatte er doch gerade angefangen, neue Kabel durch einen Tunnel zu legen. Nun wurden die etwa 6.000 Bewohner des Zentrums aufgefordert, die Stadt zu verlassen und zu Freunden und Verwandten ins Umland zu ziehen! Die Geschäfte sollten ausgelagert werden. Manche stellten Dieselaggregate vor ihre Tür und der Lärm und Gestank verbreitete sich wochenlang in der Stadt. Manche verlegten ihre Büros aufs Land oder bis nach Australien und blieben dort. Das oberste Gericht zog in ein Motel um. Etwa 30.000 Studenten konnten nicht mehr in ihre Hochschulen. Der Schaden war gigantisch und überhaupt nicht zu beziffern.

Die Privatisierte Post

Was Bundestagsabgeordnete geritten hat, der Privatisierung der Post zuzustimmen, entzieht sich jeder Logik. Das ehemalige Staatsunternehmen hat jahrzehntelang $6 \frac{2}{3}$ Prozent ihres Umsatzes an den Bund abgeführt. Das waren über Jahre dreistellige Millionensummen für den Bundeshaushalt.

Und was hat der Bürger dafür bekommen?

Weitere Wege zu den Briefkästen, die dann auch noch seltener geleert werden. Weitere Wege zu den Schaltern. Sogenannte private Postagenturen, die auch mal bei Urlaub oder Krankheit geschlossen sind. Vertrauliche Postbankgeschäfte werden im Teeladen oder beim Schreibwarenhändler abgewickelt, die benachrichtigten Päckchen und Pakete stapeln sich im Kundenraum, das Postgeheimnis ist offenbar gleich mitprivatisiert worden.

Die Privatisierung würde auch Arbeitsplätze schaffen - hieß es. Stattdessen wurden tausende Postler in den vorzeitigen Ruhestand gemoppt. Und zwar zu Lasten der öffentlichen Kassen. Die Verbleibenden erleben eine Umorganisation nach der anderen, was ein reibungsloses Funktionieren der Dienstleistungen unmöglich macht. Ausscheidende Beschäftigte werden nur in geringem Maße wiederersetzt und dann zu erheblich schlechteren Konditionen. Nur in den Chefetagen wird jetzt richtig gut verdient.

attac-Mannheim

Mitgliedertreffen
jeden 1. und 3. Mittwoch
eines jeden Monats
um 18.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Hans-Böckler-Straße 1
bei ver.di 4. OG (ehem. hbv)
E-Mail:
Mannheim@attac-netzwerk.de
attac-Mannheim@email.de
Internet: attac.de/mannheim/

ver.di Mannheim

06 21 / 150 31 51 00

ver.di
juergen.fotsch@verdi.de
www.mannheim.verdi.de

Impressum

Herausgeber:
attac-Mannheim und ver.di Mannheim
Redaktion: Frank Adamy (attac), Jürgen Fotsch (ver.di), Rita Hagemann (attac), Hans-Jürgen Halm (attac), Anton Kobel (ver.di), Martina Klotzbücher (attac), Goetz Uecker (attac)
Satz und Layout: Hans-Jürgen Halm
V.i.S.d.P.:
Jürgen Fotsch (ver.di)
Hans-Jürgen Halm (attac)

Privatisierung im Sozialen Bereich

Du arbeitest im Jugendamt, was tut Ihr eigentlich ?

Wir stehen immer in der Zeitung, wenn Kinder vernachlässigt wurden oder sexueller Missbrauch vorgeworfen wird. Dann wird nicht nur an Stammtischen gefragt „was hat das Jugendamt gemacht – haben die nur zugeschaut“. Das heißt, wir kümmern uns um Kinder und deren Familien. Wenn wir Informationen erhalten, die für uns Anlass sind, zum Schutz von Kindern tätig zu werden, dann handeln wir auch – immer ! Wir sind auch zuständig für Scheidungen, einige meiner KollegInnen sind Vormünder, wieder andere sind für Unterhaltszahlungen zuständig. Darüber hinaus gehören zum Jugendamt 54 Krippen, Kindergärten und Horte in der ganzen Stadt Mannheim, 10 Freizeithäuser und Jugendtreffs und eine psychologische Beratungsstelle. Alles in allem arbeiten bei uns über 1000 Menschen. Wir arbeiten im Jugendamt und sind bei der Stadt beschäftigt, sind Beamte, Arbeiterinnen oder Angestellte.

Wenn Ihr überlegt, was sich zur Zeit in der großpolitischen Wettberlage so alles abspielt, was kommt dann auf Euch zu ?

Da gibt es zum einen die Agenda 2010 des Bundeskanzlers. Dort hat der Wettbewerb und die Förderung des Wettbewerbs einen so hohen Stellenwert, dass klar ist, dass wir im Sozialbereich mit einer ähnlichen Entwicklung wie im Gesundheitswesen rechnen müssen. Gesundheit ist eine Ware geworden, an der Krankenkassen, Pharmahersteller und andere verdienen – ob dies den Kranken selbst immer gesünder macht, ist eine andere Frage. Gewinnmaximierung ist angesagt.

Wenn wir uns das Grünbuch der Europäischen Kommission anschauen, wissen wir, dass dort die gleiche Linie gefahren wird: Die Daseinsvorsorge, bei uns die Sorge um Familien und Kinder, wird dem Wettbewerb geöffnet. Man wird mit unserer Arbeit, die dann auch von privaten Unternehmen angeboten wird, Geld verdienen können. Ich nenne auf Personalversammlungen gerne folgendes Beispiel:

Eine Firma mit Sitz in Polen wird sich hier auf die Ausschreibungen – die es dann geben wird für jedes Kinderhaus - für die Betreuung eines Kinderhauses bewerben. Die Betreiber dieses Kinderhauses bezahlen – gemäß Firmensitz die beschäftigten Menschen nach den Tarifverträgen in Polen. Vor Ort kommt die zur Ausschreibung gezwungene Politik nicht daran vorbei, dieses – durch die geringeren Personalkosten – billigere Angebot anzunehmen. Die Träger vor Ort – Kirchen und Wohlfahrtsverbände werden sich wundern, sich aufregen wie kürzlich bei der Vergabe verschiedenster Fördermaßnahmen für arbeitslose Jugendliche an auswärtige Träger. Aber das ist letztlich Ergebnis des Wettbewerbs:

Der Soziale Bereich wird nicht mehr

aufgeteilt an städtische Träger, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, er wird Stück für Stück privatisiert.

Das wäre – wenn wir gewerkschaftlich nicht gegensteuern - die Logik aus Agenda 2010 und EU Politik.

Was könnt Ihr dagegen tun ?

Erst mal müssen wir den Leuten sagen, was da an Vorschlägen von der EU-Kommission kommen werden. Wir müssen durchdenken, was dies in den nächsten Jahren heißen wird. Daraus sind gewerkschaftliche Forderungen zu entwickeln. Da geht es um die Gültigkeit der ortsüblichen Tarifverträge für Firmen aus anderen Teilen der EU. D. h. die bei uns üblichen Tarifverträge müssen gelten, auch wenn die Firmen ihren Sitz in Estland oder Spanien haben. Es geht um Festschreibung „was Qualität der Arbeit mit Kindern, in der Arbeit mit Menschen ist“. Da geht es darum zu kapiieren, dass Arbeit mit Menschen immer heißt „Zeit“ dafür zu haben. Man kann nicht beliebig viele Kinder und Erwachsene in einer Stunde abfertigen wie am Fließband. Rationalisieren wie in der Produktion – immer mehr Autos in immer weniger Zeit – funktioniert nicht. Bildungsarbeit und Beratungsarbeit heißt immer „Zeit für Menschen haben, um beraten und erziehen zu können“.

Über diese Ziele reden wir - mit allen, die uns zuhören können. Und wenn sie nicht zuhören, suchen wir andere Mittel. Wir sind als Personalvertretung Jugendamt deshalb vor kurzem zum Verwaltungsgericht gegangen, weil man uns aus Anlass einer Organisationsuntersuchung der Tageseinrichtungen für Kinder nicht zuhören wollte, uns deshalb nicht gefragt und beteiligt hat – sogar an einer Stelle, an der der Gesetzgeber dies vorgesehen hat. Damit will ich sagen: Es gibt keinen Königsweg als Antwort auf Eure Frage, die einfachste Antwort ist vielleicht die: Mit ein bißchen Naturell von Martin Luther, der ja gesagt aben soll: „ich kann nicht anders“ zu seiner Meinung stehen, Leute suchen, mit denen man sich dazu verbünden und vernetzen kann, um Aktionen zu machen – und sich darüber freuen, dass es u.a. Verdi und Attac gibt, die diese Themen ernst nehmen.



Gitta Süß-Slania, 50, verheiratet, 2 Kinder, Personalratsvorsitzende Stadtjugendamt Mannheim, freigestellt, Stellvertretende Verdi-Vorsitzende Mannheim, Vorsitzende des Landesbezirksvorstandes von Verdi-Baden-Württemberg (= ehrenamtl. Landesvorsitzende)

Privatisierung in der Entsorgungswirtschaft

Interview mit dem Personalratsvorsitzenden Lee Roy Rohrbach

Sie sind Personalratsvorsitzender eines kommunalen Entsorgungsbetriebes. Leben Sie mit der ständigen Bedrohung der Privatisierung?

In unserer Stadt hat in dieser Frage die Vernunft (noch) die Oberhand. Bundesweit betrachtet sieht die Situation schlimmer aus. Die Tatsache, dass nur noch knapp 40% der Entsorgung durch öffentliche Unternehmen stattfindet, offenbart eine deutliche Tendenz.

Was ist schlimm an der Privatisierung?

Gar nichts, solange der Wandel mit dem Gedanken hinterlegt ist, dass privates Kapital und privates Know-how mit öffentlicher Infrastruktur und bestehenden Ressourcen gemeinsam genutzt wird, um öffentliche Projekte, z.B. Müllentsorgung, im Sinne der Daseinsfürsorge auf hohem Niveau sicherzustellen. Dazu muss das Privatisierungsverfahren sachgerecht durchgeführt werden und die Verhandlungspositionen der öffentlichen Hand dürfen nicht zugunsten eines kurzfristigen Profitstrebens aufgegeben werden. In diesem Fall müssen langfristig die Entlastung des öffentlichen Haushalts, die Stabilität der Gebühren, die Entsorgungssicherheit, ein angemessener ökologischer Standard und die Garantie der Arbeitsplätze gewährleistet sein. So wird allerdings in den seltensten Fällen verfahren.

Und wie zeigen sich die anderen Fälle?

Leider überwiegend schlimm: thematisch überforderte Entscheidungsträger der entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften huldigen einem gnaden-, grenzen- und hirnlosen Privatisierungswahn. Dabei verschleudern sie das Tafelsilber und zerstören nachhaltig Infrastrukturen. Sie verabschieden sich von ihrem sozialen Gewissen und zerstören Arbeitsplätze. Schlimmer noch: sie vergessen ihren Auftrag, Vertreter der Bürger zu sein und programmieren dadurch mittel- bis langfristig Gebührenerhöhungen übelsten Ausmaßes. Denn sie privatisieren ja nur das, was die „freie“ Wirtschaft haben will, das sind Bereiche, die Einnahmen erbringen. Das alles hat nichts mehr mit ökonomischen Steuerungsmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu tun. Das ist vielmehr ein Akt der Enteignung von Volksvermögen.

Wie erklärt sich trotzdem der flächenweite Zugang der Privatisierung?

Das wird allzu leichtfertig dem Tarifniveau bei der öffentlichen Entsorgung zugeschrieben. Ein Witz! Wegen des Lohnunterschiedes zwischen privaten und öffentlichen Müllladern und Fahrern allein lohnt sich kein Engagement. Verantwortlich ist ein zielorientierter gnadenloser Konkurrenzkampf auf dem liberalisierten europäischen Entsor-

gungsmarkt. Große multinationale Konzerne drängen mit Dumpingangeboten nicht nur öffentliche, sondern mittlerweile auch kleinere private Entsorger aus dem Markt. Dabei werden auch Angebote ins Spiel gebracht, die sich für diese Konzerne wirtschaftlich zunächst nicht rechnen. Wenn sie mit beiden Beinen den Markt kontrollieren, quasi Monopolisten sind, diktieren sie nicht nur die Preise sondern auch die Bedingungen. Die Bürger, die von ihren Vertretern genau davor geschützt sein sollten, sind dann die Zahlmeister.

Die Steigbügelhalter sitzen in Brüssel. Das Schwadronieren von Deregulierung und Liberalisierung öffentlicher Aufgaben der Daseinsfürsorge ist nicht mehr auszuhalten. Ein Ende des massiven Schadens durch dramatisch veränderte ökonomische, soziale und politische Rahmenbedingungen ist nicht abzusehen. Was uns noch im Rahmen des „General Agreement on Trade in Services“ kurz: GATS (= allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen) ins Haus steht, soll nach dem Willen der Verursacher und geistigen Täter bisher Erfolges noch in den Schatten stellen.



Lee Roy Rohrbach, 52, Personalratsvorsitzender des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Mannheim, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Stadt Mannheim, bei ver.di Mitglied des Bundesfachbereichsvorstandes Ver- und Entsorgung, Mitglied der Bundestarifkommission öffentlicher Dienst

„Ich schlage vor, dass wir aufhören, von Privatisierung zu sprechen und stattdessen Worte verwenden, die die Wahrheit deutlich machen:

Wir reden über die Veräußerung und Preisgabe der Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit tausender Menschen an eine winzige Minderheit großer Investoren.

Dies ist einer der größten Raubüberfälle unserer und aller bisherigen Generationen.“

Susan George, US-amerikanische Wirtschaftsforscherin und Mitbegründerin von attac

Die aktuelle Situation in Mannheim: So gut wie alle Schulen in Mannheim haben Sanierungsbedarf. Mitverantwortlich für diese Misere ist die Tatsache, dass notwendige Instandhaltungen in der Vergangenheit von Jahr zu Jahr verschoben wurden. Im Vergleich zu Mannheim haben beispielsweise die Heidelberger Schulen anteilmäßig weniger Sanierungsbedarf, da die Wartung der Gebäude dort regelmäßiger durchgeführt wurde. Nur wenige der dringend notwendigen Sanierungsvorhaben wurden vom Gemeinderat Mannheim fest in den Haushalt 2004/2005 eingeplant. Nicht einmal die 5 sogenannten Stocké-Schulen, bei denen eventuelle Gesundheitsgefährdungen für die Kinder nicht auszuschließen sind.

Was jetzt?

Die knappen Kassen der Stadt Mannheim sind allgemein bekannt



Fortsetzung von Seite 1 (CBL)

3. Verschwiegene, verdrängte Risiken, berechnete Fragen

Also alles in bester Ordnung? Ist doch toll, dass die „Amis“ unser Abwassernetz bezahlen?

attac Mannheim ist skeptisch:

a) Vermieter und Mieter sind jeweils in ihrem Rechtssystem die alleinigen Eigentümer der vermieteten Sache. Also ein Wirtschaftsgut und **zwei Alleineigentümer!**

b) Bereits 1999 bewertete die oberste US-Steuerbehörde IRS die CBL-Geschäfte als **Scheingeschäfte**. Und zur Zeit erfolgt im US-Senat eine **politische Rangelerei** über CBL, da diese Geschäfte dem US-Fiskus jährlich 10 Milliarden Dollar kosten. Wie würde sich eine Rechtsänderung auf den geschlossenen Mannheimer CBL-Vertrag auswirken?

c) Die zurückgemietete Anlage muß vom Rückmieter, also vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung **in vollem Umfang funktionstüchtig** gehalten werden. Betriebsunterbrechung und mangelnde Funktion berechnen den US Investor zur Erhebung eines hohen **Schadensersatzes**, der Investor kann aber auch das Rückmietverhältnis kündigen. Dann **verliert die Stadt Mannheim**, die **Nutzungsrechte** und damit das Bestimmungsrecht

Marode Schulen - Wer soll's richten?

und nun sucht sie nach Investoren. So wie bereits flächendeckend in Nordrhein-Westfalen praktiziert, sollen nun Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Geldgebern, auch Public Private Partnership (PPP) genannt, das Problem lösen. Bevorzugte Partner, hier in Mannheim, wären die GBG und die Mannheimer Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (MWS), denn sie sind hundertprozentige Töchter der Stadt Mannheim. Beide können jedoch als privatrechtliche Unternehmen auftreten, da sie sich in einer Vorform der Privatisierung befinden. Übrigens baut die MWS bereits die neue Sporthalle am Herzogenriedpark.

Wie sehen diese Verträge zu PPP aus?

Die Verträge haben in der Regel eine Vertragsdauer von 30 Jahren. In dieser Zeit obliegt den Investoren das Nutzungsrecht für das sanierten Gebäude. Nach Ablauf dieses sogenannten 'Lebenszyklus' (also wieder neuer Sanierungsbedarf...) geht das Gebäude wieder in den Besitz der öffentlichen Hand zurück. Was sind die Vorteile für private Investoren bei PPP?

- Finanzierung durch Fördergelder
- lange Vertragsdauer
- Steuervorteile durch öffentlich rechtlichen Vertragspartner

Was bedeutet das speziell für die Mannheimer?

Mannheims Standard an Schulen (baulicher, gesundheitlicher Art) liegen über dem Landesdurchschnitt.

über die rückvermietete Anlage! Die Anlage wird dann von einem „**unabhängigen Dritten**“ betrieben und die Stadt Mannheim hätte diese Kosten dann auch noch zu tragen. Diese vorzeitige Beendigung **programmiert** die Privatisierung einer öffentlichen Dienstleistung vor.

d) Die **6 Mill. Euro** sind jetzt direkt in den Stadtsäckel geflossen. Bei 740 Mill. Euro bewegtem Geld eine lächerliche Summe, fast ein **Nullsummenspiel!**

4. Politische Bewertung

a) CBL **enteignet** öffentliches Eigentum!

b) Sobald die Stadt Mannheim die **Verfügungsgewalt** an einen „dritten Partner“ **verlöre**, wäre die Abwasserentsorgung endgültig in privater Hand, die ihre Monopolstellung **gnadenlos zur Profitsteigerung** ausnutzen könnte!

c) CBL ist nicht die **wundersame Geldmaschine**, die die klammen Kommunen aus ihrer Haushaltsmisere befreien kann! US-Steuerzahler und Mannheimer Bürger werden diesen CBL-Vertrag bitter blechen!

d) **Gewinner** dieses **windigen CBL-Vertrages** sind nur die beteiligten Finanzkonzerne, Banken, Anwaltskanzleien und Beraterfirmen!

Der Verhandlungspartner privater Investoren wäre aber nicht die Stadt Mannheim, sondern das Oberschulamt Karlsruhe. So muss befürchtet werden, dass die Standards der Stadt Mannheim unterschritten werden. Die Vergabe von Aufträgen muss laut EU-Richtlinien europaweit ausgeschrieben werden. Deshalb ist es fraglich, ob städtische Betriebe wie die GBG überhaupt den Zuschlag für Sanierungsmaßnahmen erhalten würden. Es wäre also möglich, dass eine Dubliner Baufirma den Auftrag erhielte Mannheimer Schulen zu sanieren. Würde diese ihrerseits eine polnische Firma zur Lieferung der Fenster beauftragen, wer wäre dann für die Wartung zuständig? Und welche Kosten kämen auf die Stadt Mannheim nach Vertragsende zu? Wenn die Stadt Mannheim ihre Schulen selbst saniert, hat sie die Auflage, ortsansässige Betriebe, über das Arbeitsamt geförderte Arbeitskräfte, sowie Arbeitsförderungsbetriebe, wie BIOTOPIA, zu beschäftigen. Da private Unternehmen jedoch gewinnbringend arbeiten, entfällt hier die kommunale und soziale Verantwortung (...un dann schdehschd du a uff de Stroos.) Oder wären Sie lieber der private Investor? Stellen Sie sich vor, Ihre Firma erhielte den Bauauftrag, eine marode Schule zu sanieren. Hierzu bekämen Sie Fördergelder in Höhe von einer Million Euro. Wie würden Sie vorgehen? Vielleicht würden Sie kostengünstig sanieren, einen eige-

nen Hausmeister einstellen und die Putzkolonne anmieten. Für die Pausenversorgung könnten Sie die Räume an verschiedene gewinnbringende Einzelhandelsgeschäfte vermieten. Was aber würden Sie tun, wenn die Klassenstärke auf Grund geburtenschwacher Jahrgänge abnimmt und die Auslastung Ihrer Räume nicht mehr über die Mieteinnahmen durch die Stadt gewährleistet sind? Wäre es dann nicht verlockend, die untere Etage an MC Donalds, Vodafone etc. zu vermieten? Finden Sie das übertrieben, können Sie sich das nicht vorstellen? Und doch bleiben wir mit unseren Fantasien noch weit hinter der Realität in Ländern wie den USA und Großbritannien zurück.

IM VERGLEICH
ZU UNS

DER ANDERE
BUCHLADEN

Linkes & Schönes
FÜR HETEROS, SCHWULE und LESBEN

68161 Mannheim - M2,1
Tel. 0621/21755 Fax 1565349
e-Mail: der-andere-buchladen@t-online.de
Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-19 Uhr
Sa 10-14 Uhr